

TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER
INGENIEURE * REDIGIERT U. HERAUSGEGEBEN
VON D. MEYER UND W. MATSCHOSS *

7. JAHRG.

OKTOBER 1914

10. HEFT

WELCHE NUTZANWENDUNG KANN DIE INDUSTRIE AUS DER PATENTSTATISTIK ZIEHEN?

Von G. A. FRITZE, Aachen.

Das Kaiserliche Patentamt veröffentlicht in jedem Jahre in der Märznummer des Blattes für Patent-, Muster- und Zeichenwesen eine umfangreiche statistische Aufstellung über seine Geschäftstätigkeit. Das Zahlenmaterial zeugt zwar von großer Sorgfalt in der Statistik und von der gewaltigen Arbeit, die das Patentamt zu erledigen hat, läßt aber doch manche Nutzenwendungen für die Industrie vermissen. Den Anmelder interessiert weniger die allgemein anerkannte Arbeitsleistung des Patentamtes als ein Vergleich des Schicksals seiner eigenen Patentanmeldungen mit dem anderer Erfindungen und die Beziehungen der Patente im allgemeinen zum Wirtschaftsleben und zur Industrie. Die Abhängigkeit der Erfindertätigkeit vom Steigen oder Sinken des Wirtschaftslebens, der Wert der Patentanmeldungen in den einzelnen Industriezweigen, die Dauer der Erteilung eines Patentes und ihre Ursachen, die Beteiligung des Auslandes an den deutschen Patentanmeldungen und umgekehrt die der deutschen Industrie an den Auslandpatenten, das Wachsen der Anmeldungsanzahl im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, die Lebensdauer der Patente sind Fragen, aus deren Beantwortung die Industrie und der Einzelanmelder manche Lehren ziehen kann.

Nur einmal hat das Patentamt im Jahre 1902 in einem „Ergänzungsband“ derartige Nutzenwendungen aus der jährlichen Patentstatistik gezogen und aus der Zahl der Patentanmeldungen in den einzelnen Klassen auf die Entwicklung der einzelnen Industriezweige Deutschlands in den Jahren 1891 bis 1900 Rückschlüsse gemacht. Die Entwicklung seit 1900 ist nicht minder eingehender Betrachtung wert.

Die Zahl der deutschen Patentanmeldungen
und ihre Beziehungen zur Konjunktur.

Die Kurve der Zahl der Patentanmeldungen, Abb. 1, ist ein Bild der wachsenden Bedeutung der Industrie in Deutschland. Von etwa 6000 Anmeldungen im Jahre 1878 bis auf 49 532 im Jahre 1913 ansteigend, zeigt sie Zeiten der Patentbegeisterung und der Patentflauheit. Bis 1888 steigt sie

langsam und allmählich an, dann von 1895 ab, hauptsächlich infolge der aufblühenden Elektrotechnik, schneller. Von 1895 bis 1900, ferner von 1900 bis 1902 und von 1905 bis 1909 und das Jahr 1913 sind Zeiten eines sehr starken Anwachsens der Patentanmeldungen, während sich von 1902 bis 1905 und von 1909 ab zwar nicht ein Sinken, aber doch eine geringere Zunahme der Anmeldungen bemerkbar macht. Die Frage, ob die Kurve der Anmeldezahl ein Bild der steigenden und sinkenden Wirtschaftslage ist, und die Vermutung, daß bei schlechtem Geschäftsgang der Industrie auch die Zahl der Patentanmeldungen nachläßt, bei steigender Konjunktur aber wächst, liegt nahe. Um dies zu ermitteln, hat man die Anmeldekurve mit der die Konjunktur kennzeichnenden Kurve für die Ein- und Ausfuhr (in Milliarden Mark) verglichen. Eine Kurve der Ein- oder Ausfuhrzahl allein würde ein ähnliches Bild liefern.

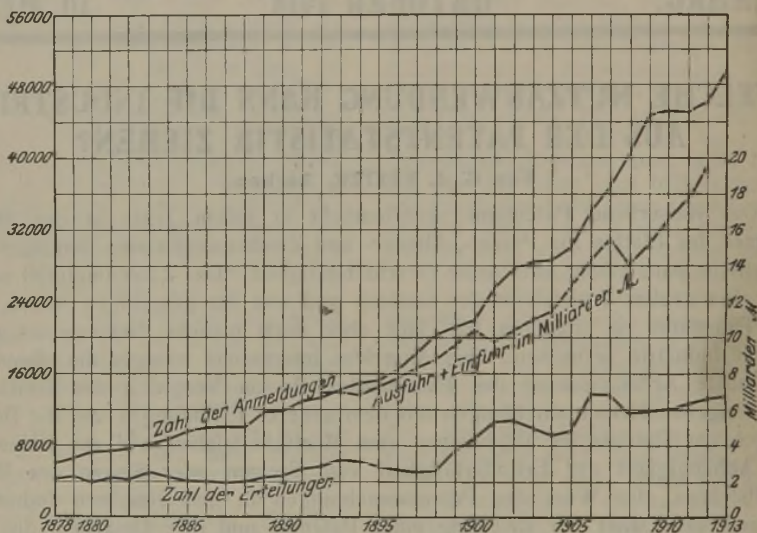


Abb. 1. Das Steigen der Patentanmeldungen und -erteilungen und die Abhängigkeit ihrer Zahlen von der Wirtschaftslage.

In dem oben genannten Ergänzungsband des Patentamtes von 1900 wird die Ansicht vertreten, daß Beziehungen zwischen der Wirtschaftslage und der Zahl der Anmeldungen nicht bestehen. Ein proportionales Wachsen und Sinken der beiden Kurven ist zwar nicht zu bemerken, auch hat eine gute Wirtschaftslage nicht regelmäßig ein Abflauen des Erfindungseifers im Gefolge. Dagegen tritt umgekehrt in Jahren schlechten Geschäftsganges, z. B. 1892 bis 1894, 1901, 1908 und 1913 ein starkes Anschwellen der Anmeldezahl ein. Dieser scheinbare Widerspruch ist dadurch zu erklären, daß die Industrie in Zeiten geringer Beschäftigung durch Verbesserung der Fabrikation den Ausfall einzuholen sucht und auch genügend Zeit hat, sich den bei der Hochkonjunktur aufgeschobenen technischen Neuerungen zu widmen. Auch der Arbeitsmangel und sinkende oder nicht steigende Löhne und Gehälter mögen das Ihrige dazu beitragen, den Erfindungseifer anzustacheln.

Wird die Durchschnittskurve in Abb. 1 in ihre einzelnen Elemente aufgelöst, d. h. in die Kurven der 88 verschiedenen Patentklassen, die ebenso-

viele Wirtschaftsgebiete umfassen, so bleibt zwar im allgemeinen die steigende Richtung bestehen, doch sind viele Schwankungen und Ausnahmen zu bemerken. In Abb. 2 ist die Zahl der Anmeldungen in einigen für die Industrie wichtigen Gebieten aufgetragen.

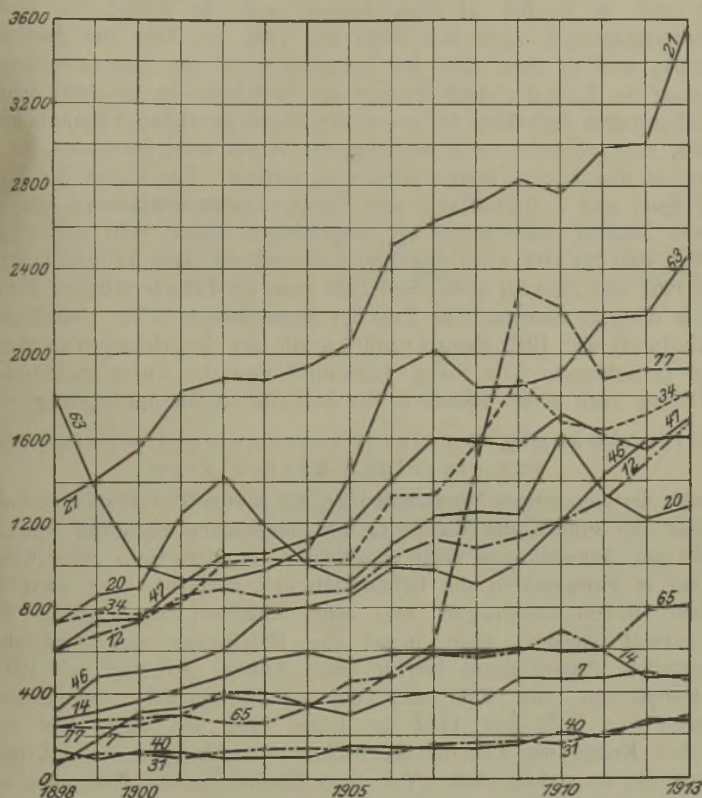


Abb. 2. Die Zahl der Patentanmeldungen in einzelnen Klassen während der letzten 15 Jahre.

Kl. 7 Metallbearbeitung, 12 chemische Verfahren, 14 Dampfmaschinen, 20 Eisenbahnbetrieb, 21 Elektrotechnik, 31 Gießerei, 34 hauswirtschaftliche Geräte, 40 Hüttenwesen, 46 Verbrennungsmaschinen, 47 Maschinenelemente, 63 Fahrräder und Motorfahrzeuge, 65 Schiffbau und Seewesen, 77 Sport, Spiele, Luftschiffahrt.

Eine Gegenüberstellung der Anmeldezahlen für die einzelnen Patentklassen ergibt noch kein absolutes Bild für die mehr oder weniger große Erfindertätigkeit in einem bestimmten Industriegebiet, weil die Grenzen der Klassen ineinander übergreifen und Industriezweige schnell entstehen und wachsen, wie die Luftschiffahrt oder der Automobilbau, oder vergehen, wie einzelne Handwerke, ohne daß die Klasseneinteilung entsprechend geändert werden könnte. Bei weitem am produktivsten ist die Elektrotechnik, deren Teilung in Unterklassen auch in der Statistik wegen des Umfanges der Klasse 21 sehr wünschenswert ist. Seit zehn Jahren nimmt die Klasse 21 die erste Stelle in der Zahl der Anmeldungen ein. Ihr am nächsten kommen die Klassen 63

(Fahrräder und Motorfahrzeuge), 47 (Maschinenelemente), 20 (Eisenbahnbetrieb), 77 (Sport, Spiel und Luftschiffahrt). Unverhältnismäßig klein ist die Zahl der Anmeldungen in den aussterbenden Handwerks- und Industriezweigen; z. B. weist die Klasse 73, Seilerei, in den letzten Jahren nur je 9 bis 21 Anmeldungen auf. In Klasse 63 (Fahrräder und Motorfahrzeuge) sank von 1898 bis 1901 die Zahl der Anmeldungen sehr stark, weil in diese Zeit das Darniederliegen der Fahrradindustrie fiel. Dann stieg die Zahl der Anmeldungen bis 1904 langsam, bis 1907 sehr stark, entsprechend dem Aufblühen der zur selben Klasse gezählten Automobilindustrie, um 1908, dem allgemeinen Krisenjahr, der Regel widersprechend, zu sinken und erst in den letzten Jahren wieder zu steigen. Die Kurve für Klasse 77 (Sport, Spiel und Luftschiffahrt) eine Gruppenzusammenfassung, die, worauf auch von anderer Seite schon oft hingewiesen wurde, sehr ungeeignet ist, steigt von 1907 bis 1909 ganz gewaltig, entsprechend einer Anmeldungsanzahl von 620 für 1907 und 2300 für 1909. Seit 1909 lenkt die Erfindertätigkeit auf diesem Gebiet in ruhigere Bahnen. Die Zahl der Anmeldungen in der Unterklasse 77 h (Luftschiffahrt) war 1912 ebenso groß wie die der Anmeldungen in sämtlichen anderen Unterklassen 77 a bis g, beeinflusst also die Kurve außerordentlich. Eine Teilung auch dieser Klasse in der Statistik sei hiermit angeregt.

Die Abhängigkeit der Patentanmeldungsanzahlen von einzelnen Ereignissen.

Außer der allgemeinen Wirtschaftslage, die ja zum Teil durch einzelne große Ereignisse der Politik, die Welternte und dergleichen beeinflusst wird, hängt die Zahl der Anmeldungen auch unmittelbar von derartigen Einzelwirkungen ab. Daß in Kriegsjahren die Erfindertätigkeit nachläßt, kann zwar an den deutschen Patentanmeldungen bis zum Abschluß der letzten Statistik nicht gezeigt werden, doch bietet die Beteiligung des Auslandes bei den deutschen Anmeldungen hierfür einen Anhalt. So sank seit 1902 nach dem Burenkriege die Zahl der aus Großbritannien stammenden Anmeldungen von 1332 auf 1142 im Jahre 1904 und nach dem russisch-japanischen Kriege die Zahl der russischen Anmeldungen von 334 im Jahre 1903 auf 246 im Jahre 1905. Von dem Einfluß großer Ereignisse auf die Erfindertätigkeit ist die Kurve der Klasse 65 (Schiffbau und Seewesen) ein Beispiel, denn sie steigt im Jahre 1912 erheblich infolge der vielen durch die Titanic-Katastrophe ausgelösten Patentanmeldungen.

Die Abhängigkeit der Anzahl der Patentanmeldungen von der Bevölkerungszahl.

Die Erfindertätigkeit ist entsprechend der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat nicht nur absolut gewachsen, sondern auch in weit stärkerem Verhältnis als die Bevölkerung. Während noch 1901 auf 10 000 Einwohner Deutschlands nur 3,1 Patentanmeldungen kamen, waren zehn Jahre später unter 10 000 Einwohnern schon 5,2 vermeintliche oder wirkliche Erfinder. Für die Zeit vor 1901 lassen sich die Verhältniszahlen leider nicht bestimmen, weil die Patentstatistik früher nicht die aus Deutschland und dem Auslande stammenden Anmeldungen getrennt aufführte. Die Statistik des Patentamtes gibt auch die Zahl der Anmeldungen für die einzelnen Länder und Provinzen Deutschlands. Die Berechnung des prozentualen Wachstums der Erfindertätigkeit in den Landesteilen wäre nur dann von Interesse, wenn

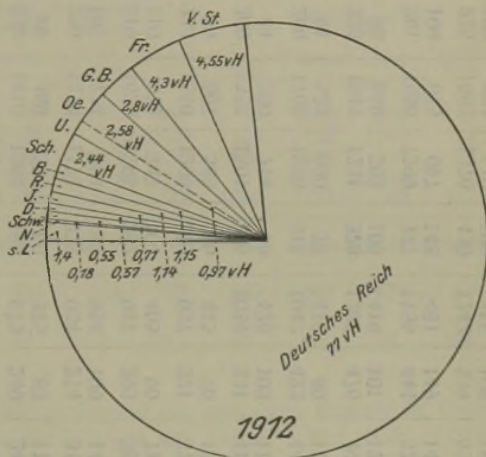
daraus zu ersehen wäre, zu welchen Patentklassen die einzelnen Landesteile am meisten beitragen. Unterlagen hierzu fehlen in der Statistik.

Die Zahl der aus dem Auslande stammenden Anmeldungen.

Die große Zahl der aus dem Auslande stammenden Patentanmeldungen ist ein Zeichen des Vertrauens, welches das industrielle Deutschland und nicht zuletzt das Patentamt trotz aller politischen Feindschaft draußen genießt. Im Jahre 1912 kamen 10 704 Anmeldungen aus dem Ausland, 35 111 aus Deutschland. Der Grund für die verhältnismäßig große Beteiligung des Auslandes ist vielfach die Absicht, durch die sorgfältige Vorprüfung in Deutschland erst die Gewißheit über den Wert oder jedenfalls die Neuheit einer anscheinend wichtigen Erfindung zu erlangen. Außerdem bietet Deutschland als das zweitgrößte Industrieland der Welt für wirklich brauchbare Erfindungen weit größere Möglichkeit der Ausnutzung und Verwertung als die meisten Ursprungländer der Patentanmeldungen.

Abb. 3.
Beteiligung der verschiedenen
Länder an der Zahl der
deutschen Patentanmeldungen
im Jahre 1912.

- V. St. Vereinigte Staaten,
- Fr. Frankreich,
- Ob. Großbritannien,
- Oe. Oesterreich,
- U. Ungarn,
- Sch. Schweiz,
- B. Belgien,
- R. Rußland,
- I. Italien,
- D. Dänemark,
- Schw. Schweden,
- N. Norwegen,
- s. L. sonstige Länder.



Die Zunahme der Patentanmeldungen bei den einzelnen Ländern gibt ein Bild des Wachsens ihrer Industrie. Während die Zahl der aus Deutschland stammenden Anmeldungen von 1901 bis 1912 um 100 vH stieg, zeigen nur Italien, Ungarn, Rußland, die Schweiz eine ähnliche Zunahme, vergl. die umstehende Zahlentafel. Dies sind auffälligerweise gerade die Länder, deren Industrie im Vergleich zu Deutschland, Amerika, Großbritannien und Frankreich verhältnismäßig gering ist. Die große Zunahme ist wohl nur dadurch zu erklären, daß diese Länder vor zwölf Jahren erst eine entstehende Industrie hatten und mehr auf die Einfuhr als auf die Eigenfabrikation angewiesen waren. Am wenigsten ist die Zahl der Anmeldungen aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien gestiegen, bei letzterem sogar von 1331 Anmeldungen auf 1299 gefallen.

Die Gesamtbeteiligung des Auslandes an den deutschen Anmeldungen beträgt, wie Abb. 3 zeigt, etwa 25 vH und ist in den zehn Jahren von 1902 bis 1912 absolut zwar von 7919 auf 10 704 um 2785 Anmeldungen gestiegen, prozentual aber von 28,5 auf 23 vH gesunken, wieder ein Zeichen der Überflügung der Auslandindustrie durch die deutsche.

Die Zahl der deutschen Anmeldungen im Ausland.

Es wäre wünschenswert, daß in die Statistik des Patentamtes zum Vergleich auch der Anteil Deutschlands an den Auslandsanmeldungen aufgenommen würde. Eine Zusammenstellung der zerstreuten Angaben hierüber gibt ein überwältigendes Bild von der friedlichen Eroberungspolitik der deutschen Industrie, denn in den meisten Ländern steht Deutschland der Zahl der Patentanmeldungen und -erteilungen nach nicht nur an erster Stelle, es übertrifft sogar in einigen Ländern selbst das Inland, wie die folgende Zahlentafel zeigt. Nur in Japan nimmt Deutschland erst den dritten Platz hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien ein. Die Unterlagen für die Aufstellung finden sich zerstreut im Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen. Für Frankreich fehlen sie leider.

	1912	1912	1912	1912	1912	1909	1912	1911
	Erteilungen Ver. St.	Anmeldungen Groß- britann.	Oesterr.-Ungarn	Schweiz	Japan	Luxemburg	Rußland	
Zahl der Patenterteilungen zus.	37 573 ¹⁾	30 089	5650	3789	4816	1868	575	2400
aus dem Inland	33 084 ¹⁾	?	1620	1119	1736	1311	13	680
aus dem Ausland	4 489	3 272	5650	2670	3074	557	562	1720
davon Deutschland	1 558	1 366	an 1. Stelle 2343	1566	1727	3. Stelle 99	1. Stelle 337	646
Land mit der Deutschland am nächsten kommenden oder Deutschland überragenden Patenzahl . . .	Gr.-Brit.	Ver. St.	Gr.-Brit.	Oesterr.	Frankr.	Gr.-Brit.	Frankr.	Ver. St.
Zahl der deutschen Patente in vH der Auslandpatente	952	644	327	387	373	174	80	254
	35	42	41,5	59	56	18	60	37

¹⁾ einschließlich der signs.

Nach den bisherigen Nachrichten werden die deutschen Patente in Großbritannien und Rußland während des Krieges auf Antrag außer Kraft gesetzt. Wenn auch die Zahl der beim Kriegsbeginn in den feindlichen Staaten gerade gültigen deutschen Patente nicht genau festzustellen ist, so lassen doch die Angaben der obigen Zahlentafel darauf schließen, daß mehrere tausend Patente in Frage kommen und daß sehr große Werte verloren gehen können, während in den deutschen Patenten englischer und russischer Staatsangehöriger kein gleichwertiges Pfand zur Verfügung steht.

Der Wert der deutschen Patentanmeldungen.

Von besonderem Wert ist für den Erfinder und für die Industrie die Kenntnis von der Wahrscheinlichkeit, mit der durchschnittlich einer Anmeldung die Patenterteilung folgt. Wenn auch jeder Erfinder von der Patentfähigkeit seiner Erfindung überzeugt ist, vorausgesetzt, daß es sich nicht um eine jener Anmeldungen handelt, bei denen es nur darauf ankommt, die Vorveröffentlichungen und die Vorbenutzung in Erfahrung zu bringen, so muß er sich doch klar machen, daß auf dem Gebiet seiner Anmeldung ein gewisser Prozentsatz von Anmeldungen nicht zum Erfolge führt, ähnlich wie der vorsichtige Lotteriespieler nach dem Verhältnis der Gewinne zu dem der Lose fragt, bevor er das Los kauft. Wenn auf einem bestimmten Gebiet oder in

einer Patentklasse beispielsweise nur 10 bis 20 vH aller Anmeldungen zur Patenterteilung führen, so sollte die Kenntnis dieser Tatsache den Anmelder zu einer besonders eingehenden Prüfung seiner vermeintlichen Erfindung veranlassen, bevor er die Anmeldegebühr ausgibt und jahrelang auf unsicherem Schiff fährt.

Die Statistik des Patentamtes nennt die Zahlen der in jedem Jahr in jeder Klasse eingereichten Anmeldungen und der Patenterteilungen. Durch das Verhältnis beider Zahlen für ein Jahr kann nicht der Wert der Anmeldungen desselben Jahres ausgedrückt werden, weil die meisten der in einem Jahr erteilten Patente schon in den Jahren vorher angemeldet wurden und weil die Zahl der Anmeldungen auch mit jedem Jahr wächst. Die Verhältniszahl würde also den Wert der Patentanmeldungen des betreffenden Jahres zu gering angeben. Aus diesem Grunde hat das Patentamt seit dem Jahre 1900 die bis dahin berechnete Verhältniszahl nicht mehr in der Statistik genannt, weil „die Zahl der Erteilungen zur Zahl der Anmeldungen nicht einen Maßstab für die Frage ergibt, ob das Patentamt streng oder milde geprüft hat“. Das Fortlassen dieser Zahl ist zu bedauern, denn sie soll natürlich nicht ein Maßstab für die Strenge des Patentamtes sein, sondern für den Wert der Anmeldungen in den verschiedenen Klassen. Um die Ungleichheit in den Anmeldezahlen einzelner Jahre auszugleichen, habe ich das Verhältnis der Anmeldungen zu den Erteilungen je im Durchschnitt für drei Jahre ermittelt und so Vergleichszahlen für den Wert der Patentanmeldungen auf den einzelnen Gebieten erhalten.

Ein annäherndes Urteil über das Verhältnis der gesamten Erteilungen zu den Anmeldungen geben schon die Kurven der Anmeldungen und Erteilungen in Abb. 1. Bis zum Jahre 1893 gehen sie wenig auseinander, dann steigt die Zahl der Erteilungen um 120 vH, die Zahl der Anmeldungen aber um 300 vH. Eine Gesetzmäßigkeit bezüglich der Schwankungen beider Kurven ist kaum festzustellen und auch schwer zu untersuchen, weil einem vorübergehenden Steigen der Patentanmeldungen erst einige Jahre später ein Steigen der Erteilungskurve folgen kann. Jedenfalls läßt der Verlauf der Kurven erkennen, daß der Prozentsatz der erteilten Patente und somit die Aussicht, ein Patent zu erzielen, stetig sinkt. Der Grund hierfür darf natürlich nicht in der strengeren Prüfung im Patentamt gesucht werden; eine Änderung der Praxis des Patentamtes in der Prüfung der Anmeldungen darf als ausgeschlossen gelten. Das Sinken der Anmeldequalität ist vielmehr, so widerspruchsvoll es klingt, eine Folge des Fortschrittes der Technik. Obgleich die Industrie gerade in den letzten 15 Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, immer neue, früher dem Handwerk oder der Hausarbeit vorbehaltenen oder noch garnicht bekannte Gebiete besetzt hat, sind doch viele ältere Zweige der Industrie technisch und patenttechnisch ausgewertet. Alles grundlegende Neue ist von ihnen abgeerntet und aufgesogen, und die neuen Patentanmeldungen stehen demgemäß auf schwächeren Füßen. Auch die vielfach geübte Praxis, durch Anmeldung einer vermeintlichen Neuerung nur die Vorveröffentlichungen und die Literatur kennen zu lernen und dann die Anmeldung fallen zu lassen, trägt dazu bei, die Erteilungszahl herabzudrücken. Ein anderer Grund für das Sinken der Qualität der Patentanmeldungen liegt vielleicht auch in dem Anreiz zum Erfinden, der von den vielen

emporgeschossenen Patentverwertungsbureaus, wenigstens den minderwertigen, ausgeht. Nur zu viele Laien, die eine von vornherein aussichtslose Erfindung vorlegen, werden von ihnen zur Anmeldung eines Patentes überredet. Viele Beweise stehen hierfür zur Verfügung. Diesem Mißstand könnte wohl nur durch uneigennützig, etwa kommunale Auskunftsstellen begegnet werden. Diese sollen natürlich nicht den berufenen Patentvertretern Konkurrenz machen, sondern nur, ähnlich wie die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, wenig Bemittelten den ersten Rat geben und sie vor Ausbeutung schützen.

Die Kenntnis von dem Wert eines Patentschutzes dringt immer weiter ins Volk, ohne daß doch die Voraussetzungen verstanden werden. Die Jagd nach schnellem und mühelosem Gewinn veranlaßt viele Nichttechniker und auch gerade solche Techniker, denen das Wesen des Patentes unklar ist, zur Anmeldung von „Erfindungen“, die ohne ihr Wissen längst andere vor ihnen machten. Der erste Vorbescheid entmutigt unerfahrene Anmelder und kann von ihnen ohne Beistand eines Patentkundigen nicht erledigt werden. Die Anmeldung wird dann nicht beantwortet und verfällt, selbst wenn vielleicht ein guter Kern darin steckt. Alle diese Gründe sind an dem Sinken der Qualität der Patentanmeldungen schuld.

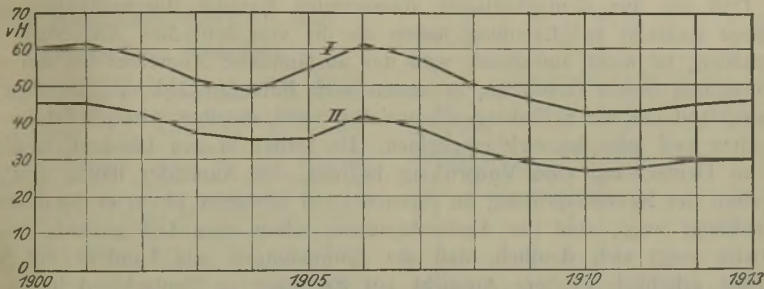


Abb. 4. Das Verhältnis der Zahl der Patentanmeldungen
I. zur Zahl der dem Patentamt zur Beschlußfassung vorgelegten Anmeldungen,
II. zur Zahl der vom Patentamt erledigten Anmeldungen.

Wenn die Statistik des Patentamtes auch keine Wertzahl für die einzelnen Klassen mehr angibt, so berechnet sie doch jährlich das prozentuale Verhältnis der Zahl der Gesamterteilungen

- I. zur Zahl der dem Amt zur Beschlußfassung vorgelegten Anmeldungen (nach Abzug aller zurückgezogenen und durch Nichtbeantwortung oder Nichtzahlung verfallenen Anmeldungen) und
- II. zur Zahl der im gleichen Jahr vom Patentamt erledigten Anmeldungen.

Abb. 4 gibt beide vom Patentamt berechneten Verhältniszahlen für die Jahre 1909 bis 1913. Während 1900 noch 45,4 vH aller Anmeldungen zu Patenterteilungen führten, sinkt die Kurve II 1904 auf 35,2 vH und nach einem vorübergehenden Ansteigen im Jahre 1906 wieder stetig unter 30 vH. Auch diese Kurven sprechen deutlich für das Sinken der Anmeldungsqualität und sollten die Industrie zur sorgfältigsten Prüfung ihrer Anmeldungen veranlassen. Die Ermittlung von Vorveröffentlichungen muß der Anmelder mehr

als bisher selber übernehmen und nicht ausschließlich dem Patentamt überlassen; er würde sich viele Kosten und Versuche, dem Patentamt viel unnütze Arbeit ersparen. Die Durchsicht der in einem bestimmten Gebiet vorhandenen Patente ist heute durch die Auslegung der Patentschriften nach Klassen im Patentamt und in allen größeren Städten sehr erleichtert und selbst für Laien ausführbar¹⁾. Wird keine Vorveröffentlichung in den Patentschriften gefunden, so kann doch durch Hinweis auf ähnliche Patente in der Anmeldung mancher Einwand des Vorprüfers von vornherein entkräftet und somit die Erteilung beschleunigt werden.

Selbst wenn das Suchen nach Vorveröffentlichungen mehr Unkosten an Gehältern macht, als die Anmeldegebühr beträgt, kommt dies reichlich wieder ein, weil durch Einreichung einer ungenügend vorgeprüften Anmeldung der ganze in ihr vielleicht steckende gute Kern verloren oder verdorben werden kann. Auch nimmt die Ermittlung von Vorveröffentlichungen durch das Patentamt so viel Zeit fort, daß durch die Verzögerung der Patentierung große Wirtschaftswerte verloren gehen, die in gar keinem Verhältnis zu den durch die eigenen Nachforschungen verursachten Kosten stehen.

Der Wert der Patentanmeldungen des Auslandes.

Daß die aus dem Auslande stammenden Patente durchschnittlich eine größere Aussicht auf Erteilung haben als die von deutschen Anmeldern eingereichten, ist nicht auffallend, weil der ausländische Anmelder bei den verhältnismäßig hohen Gebühren, zu denen noch Patentanwaltkosten kommen, in Deutschland nur die Erfindungen einreichen wird, die ihm wirklich Erfolg versprechen und aussichtsreich erscheinen. Da ferner in den Ländern, in denen wie in Deutschland eine Vorprüfung besteht, der Anmelder häufig erst das Ergebnis der Neuheitsprüfung im eigenen Land abwartet, bevor er die deutsche Anmeldung wagt, sind die Auslandspatente schon zum Teil gesiebt. In der Statistik zeigt sich deutlich, daß die Anmeldungen aus Ländern mit Vorprüfung erheblich größere Aussicht auf Erteilung in Deutschland haben als die aus anderen Ländern. In den Jahren 1901 bis 1912 führten von den in Deutschland angemeldeten Erfindungen zur Erteilung eines Patentbeschlusses aus Ländern mit einer Vorprüfung:

Herkunftsland	vH
Großbritannien	55
Schweden	52
Vereinigte Staaten	53
Norwegen	38,8
Österreich	36
Rußland	27,5

durchschnittlich 43,7.

Von den Anmeldungen aus Ländern ohne Vorprüfung wurden dagegen patentiert von Anmeldungen aus:

¹⁾ Es gibt allerdings sogar Technische Hochschulen, in denen die Patentschriften nicht nach Klassen, sondern nur nach Nummern abgelegt sind.

Herkunftsland	vH
Dänemark	37,4
Italien	34,4
Schweiz	33,8
Frankreich	32,8
Belgien	28,5
Ungarn	25,2

durchschnittlich 32.

Die in Deutschland durchgefallenen Anmeldungen aus dem Auslande tauchen meist als Gebrauchsmuster wieder auf, nützen allerdings wohl als solche den Erfindern wenig. Durchschnittlich führten von den Auslandsanmeldungen in dem genannten Jahrzehnt 37,8 vH in Deutschland zur Erlangung eines Patentes gegenüber 34,4 vH von den aus Deutschland selbst stammenden Patentanmeldungen.

(Schluß folgt.)

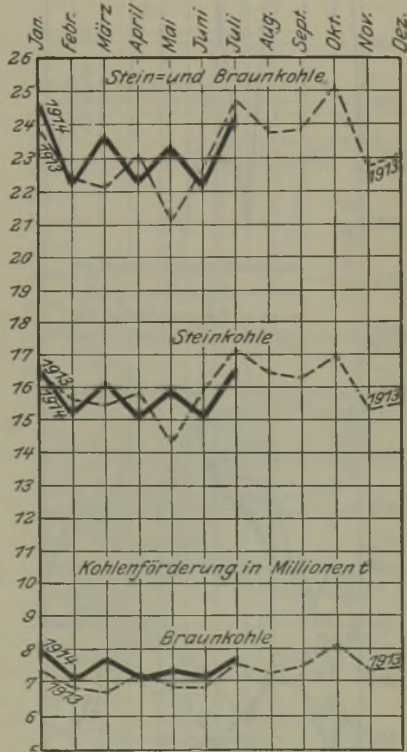
II. DER GELD- UND WARENMARKT.

Die Kohlenförderung des Deutschen Reiches.

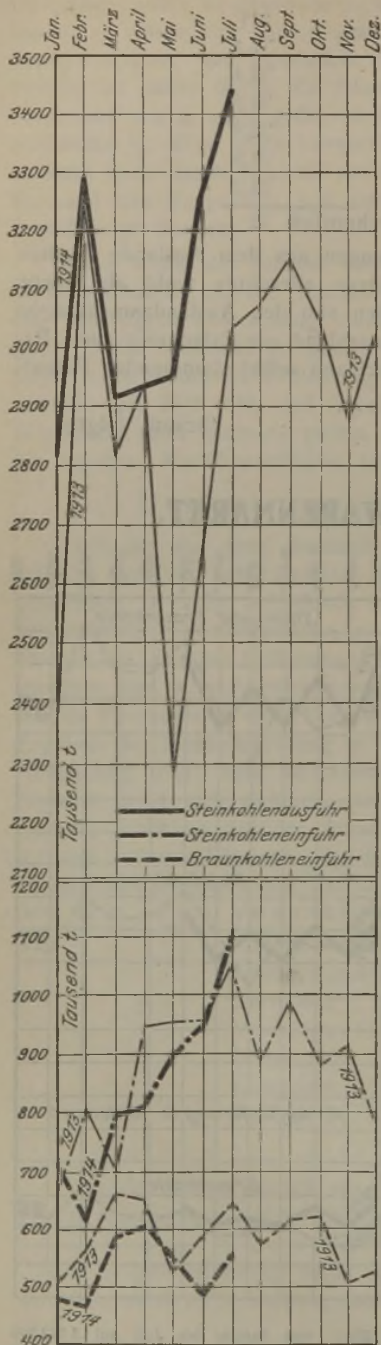
Die Steinkohlenförderung stellte sich im Juli auf 16 562 393 (i. V. 17 198 013) t. Sie ist also um mehr als 635 600 t hinter der vorjährigen zurückgeblieben. Von Januar bis Juli wurden 110 710 390 (110 776 039) t gefördert. Die Braunkohlenförderung betrug im Juli 7 672 169 (7 508 542) t, von Januar bis Juli 52 023 165 (49 408 700) t. Während die Steinkohlenförderung bisher um 66 000 t hinter der vorjährigen zurücksteht, ist die Braunkohlenförderung noch immer rd. 2,6 Mill. t größer. Das Ergebnis der Kohlenförderung für August liegt bisher nicht vor, es ist infolge der Kriegsereignisse erheblich geringer als das der Vormonate; haben doch allein die Ruhrkohlenzechen nur 55 bis 60 vH der Beteiligungsziffer gefördert.

Ein- und Ausfuhr von Steinkohle, Einfuhr von Braunkohle.

Die Einfuhr von Steinkohle betrug im Juli 1 111 184 (1 050 520) t. Sie ist also, während sie in den letzten Monaten etwas hinter der vorjährigen zurückblieb, wieder darüber hinausgegangen. Vom Januar bis Juli wurden 5 887 165 (6 078 982) t eingeführt, davon aus Großbritannien 5 196 488 (5 306 378) t. Die Ausfuhr von Steinkohle betrug im Juli 3 421 149 (3 030 953) t. Sie übertrifft somit nach wie vor die vorjährige Ausfuhr. Vom Januar bis Juli wurden 21 590 743 (19 402 599) t Steinkohle ausgeführt, davon nach Belgien 3 848 215 (3 373 456) t, nach Frankreich 2 557 803 (1 906 927), nach Italien 594 471 (528 321) t, nach den Niederlanden 4 131 564 (4 098 963) t, nach Oesterreich-Ungarn 6 553 396 (6 728 676) t, nach Rußland 1 724 077 (952 226) t und nach der Schweiz 925 489 (917 721) t. Der gesamte Ausfuhrüberschuß stellte sich vom Januar bis Juli auf 15 703 578 (13 323 617) t. Die Einfuhr von Braunkohle stellte sich im Juli auf 558 300



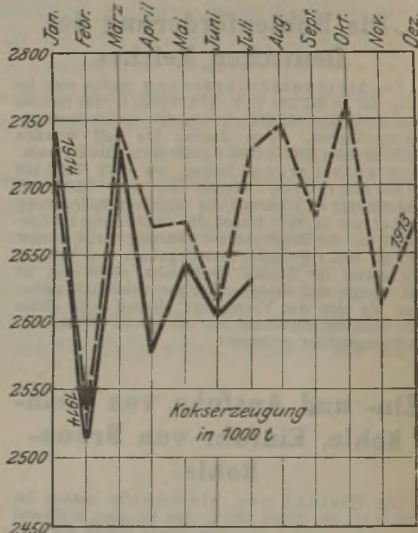
(644 122) t, von Januar bis Juli auf 3 742 395 (4 147 033) t. Die Zahlen für August liegen noch



nicht vor; sie dürften wesentliche Verschiebungen aufweisen, da sich der größte Austausch von Brennstoffen, abgesehen von Oesterreich-Ungarn, mit den feindlichen Ländern vollzieht.

Kokserzeugung und -ausfuhr.

Die Kokserzeugung betrug im Juli 2 631 466 (2 727 049) t, oder fast 96 000 t weniger als im Vorjahre. Vom Januar bis Juli wurden 18 605 720 (18 671 317) t Koks erzeugt, oder 65 600 t weniger. In der verringerten Kokserzeugung spricht sich der Verrückgang der Marktlage deutlich aus. Die Ausfuhr von Koks betrug im Juli 459 129 (567 474) t und bleibt weit hinter der vorjährigen zurück. Vom Januar bis Juli wurden 3 089 267 (3 998 270) t Koks ausgeführt, oder 909 000 t weniger. Hierin spricht sich weiter die geringere Aufnahmefähigkeit der ausländischen Eisenindustrie aus. Von der Ausfuhr der ersten 7 Monate entfielen auf Belgien 425 659 (596 448) t, auf Frankreich 915 660 (1 593 238) t, auf Oesterreich-Ungarn 544 114 (639 797) t, auf die Niederlande 157 127 (169 522) t, auf Rußland 308 602 (292 016) t, auf die Schweiz 232 994 (219 877) t, auf Schweden 72 791 (96 260) t, auf Chile 68 537 (74 853) t, auf Mexiko 50 440 (38 051) t, auf die Vereinigten Staaten 32 910 (15 299) t, auf Japan 7743 (5235) t, auf Australien 8915 (6588) t. Auch hier wird infolge des Krieges eine wesentliche Verschiebung eintreten.



Reichsbank, Bank von England, Bank von Frankreich.

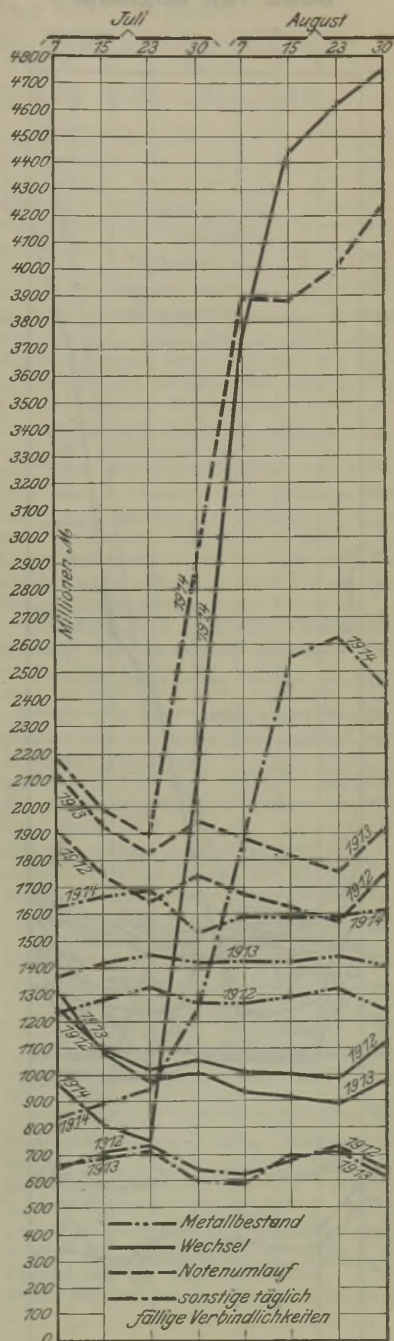
Der internationale Geldmarkt bewahrte auch noch im Juli seine bisherige Flüssigkeit. Der Beginn des Krieges brachte dann die außerordentlichen Maßnahmen der Notenbanken, nämlich die Erhöhung der Diskontsätze, um den starken Ansturm auf die Barbestände zu unterbinden und die Wechselreichungen einzuschränken. Inzwischen ist der Diskont wieder entsprechend herabgesetzt worden und steht gegenwärtig in Deutschland auf 6 vH. Bei der Deutschen Reichsbank ist der Metallbestand im Juli weiter erhöht worden, erreichte

seinen höchsten Stand am 23. Juli mit 1691 (1454 bezw. 1329) Mill. M und wurde Ende Juli auf 1528 (1418 bezw. 1271) Mill. M verringert. Seit Beginn des Krieges hat sich der Metallbestand auf einer Höhe von 1590 bis 1600 Mill. M bewegt. Die Reichsbank hat ihre Goldbestände festhalten können, auch sind ihr aus dem Kriegsschatz weitere Mittel zugeflossen. Das Wechselkonto wurde von Anfang Juli bis zum 23. Juli von 974 (1307 bezw. 1256) Mill. M auf 751 (977 bezw. 1020) Mill. M seit der vierten Juliwoche vermindert. Dann sind außerordentlich viele Wechsel auch noch während des ganzen August eingereicht worden, wenn auch die Wucht dieser Erscheinung wesentlich abnahm. Der größte Wechselbestand war am 30. August mit 4750 (975 bezw. 1125) Mill. M vorhanden. Der Notenumlauf hat sich entsprechend gehoben. Nachdem er von Beginn des Monats bis in die dritte Juliwoche von 2192 (2132 bezw. 1912) Mill. M auf 1891 (1826 bezw. 1644) Mill. M abgenommen hatte, stieg er, namentlich in der vierten Juli- und in der ersten Augustwoche, gewaltig an, während er weiterhin wesentlich langsamer zugenommen hat. Ende August hatte die Reichsbank einen Notenumlauf von 4235 (1916 bezw. 1753) Mill. M. Trotz dieser Steigerung ist die gesetzliche Deckungsgrenze noch lange nicht erreicht worden. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten haben, da das Vertrauen zur Reichsbank außerordentlich gewachsen ist, weiter zugenommen. Einem niedrigsten Stand in der ersten Juliwoche von 837 (659 bezw. 655) Mill. M steht ein höchster in der dritten Augustwoche mit 2620 (703 bezw. 718) Mill. M gegenüber.

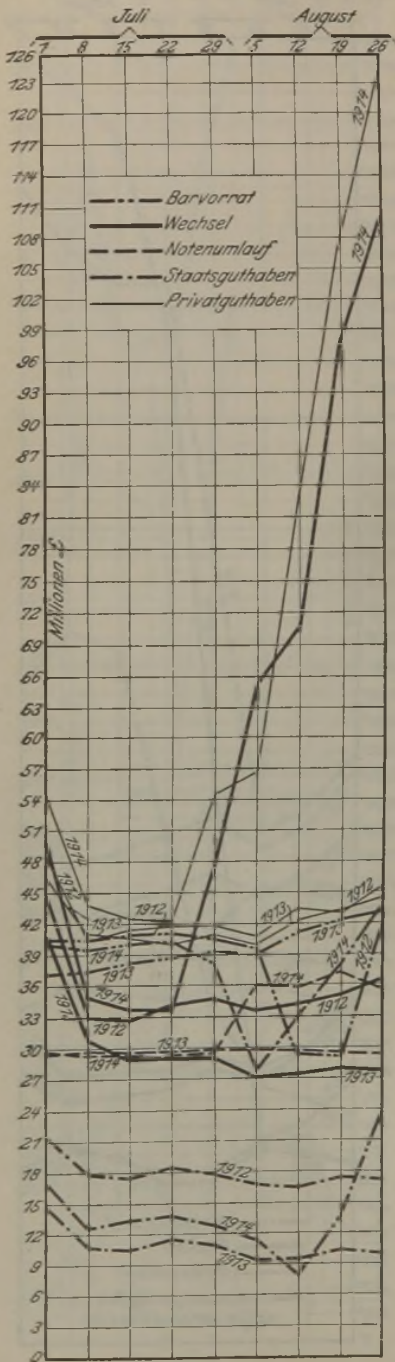
Bei der Bank von England hat der Barbestand durch den Ausbruch des Krieges empfindliche Einbuße erfahren. Die Metallbestände, die sich im Juli noch auf etwa 40 Mill. £ stellten, verminderten sich in der ersten Augustwoche auf 27,63 (39,01 bezw. 39,69) Mill. £. Durch besondere Mittel hat die Bank dann ihren Metallbestand wieder auf die frühere Höhe bringen und diese noch überschreiten können. Nach den Ausweisen vom 26. August waren 43,47 (43,16 bezw. 41,74) Mill. £ vorhanden. Einen außerordentlichen Zuwachs erfuhr das Wechselkonto. Seinem niedrigsten Stande vom 15. Juli mit 33,62 (29,18 bezw. 32,94) Mill. £ steht ein höchster Stand Ende August von 109,90 (27,67 bezw. 36,37) Mill. £ gegenüber. Die Staatsguthaben, die sich im Juli zwischen 12½ und 14 Mill. £ bewegten, waren um Mitte August auf 7,89 (9,34 bezw. 16,55) Mill. £ gefallen und Ende August auf 23,88 (9,99 bezw. 17,23) Mill. £ gestiegen. Die Privatguthaben sind im August stark gestiegen und erreichten ihren höchsten Stand in der vierten Augustwoche mit 123,89 (44,42 bezw. 45,42) Mill. £.

Bei der Bank von Frankreich haben sich die Metallbestände im Juli vermehrt und schließlich eine Höhe von 4766 (3989 bezw. 4088) Mill. Fr erreicht. Das Wechselkonto, das in der ersten Juliwoche auf 3059 (1567 bezw. 1138) Mill. Fr gestiegen war, war stark ermäßigt worden, vergrößerte sich aber Ende Juli wieder auf 2444 (1840 bezw. 1291) Mill. Fr. Der Notenumlauf stieg von 6051 (5663 bezw. 5396) Mill. Fr, Anfang Juli auf 6683 (5677 bezw. 5240) Mill. Fr. Die Privatguthaben, die in der ersten Juliwoche, entsprechend dem hohen Wechselbestand, gleichfalls außerordentlich, nämlich auf 2689 (612 bezw. 711) Mill. Fr angezogen hatten, kehrten sehr bald wieder auf ihren normalen Stand zurück. Sie stellten sich Ende Juli auf 948 (657 bezw. 647) Mill. Fr. Im August hat die Bank von Frankreich keinen Ausweis mehr veröffentlicht, man muß aber annehmen, daß sie ganz außerordentlich beansprucht worden ist, da ihr Notenbestand, der bereits Ende Juli die gesetzlich zulässige höchste Grenze von 6500 Mill. Fr überschritten hatte, auf 12 000 Mill. Fr hinaufgesetzt worden ist.

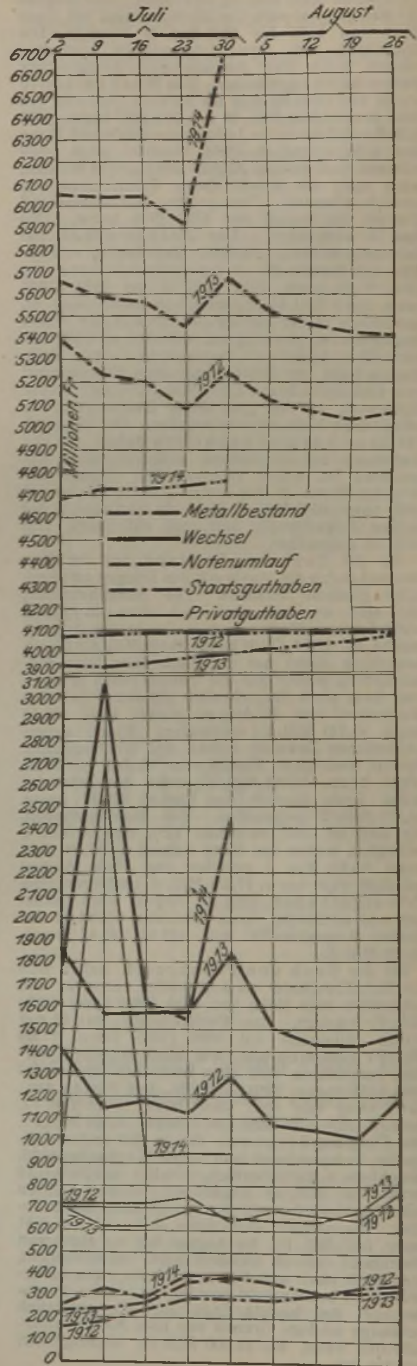
Deutsche Reichsbank.



Bank von England.



Bank von Frankreich.



III. MITTEILUNGEN

AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND -POLITIK.

Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie.

Wenn der 43jährige Friede, in dem das neue Deutschland wirtschaftlich erwachte und zu herrlicher Blüte gedieh, in weiten Schichten des Volkes, besonders in Geschäftskreisen, den Gedanken an einen Krieg unter den Großmächten verblasen ließ, so entspricht das jenem lockenden Glauben an die Zukunft der Völker, der den sozialen Fortschritt der Gesamtheit mit der Beseitigung nationaler Grenzcheiden und Empfindungen zu fördern gedenkt. Der beispiellos plötzliche Zusammenbruch dieser Anschauungen, die auf dem Gedanken steigender Internationalisierung des Völkerlebens beruhten, läßt es nur zu verständlich erscheinen, daß die Mobilmachung unserer Wirtschaft mit nicht annähernd derselben Gründlichkeit vorbereitet worden war wie die unseres Heeres. Nur wenige rühmliche Ausnahmen haben wir aufzuweisen. Die Kriegsorganisation unseres Bankwesens war in jahrelanger, zäher Arbeit durch die Reichsbank wohl vorbereitet. Wenn auch eine Anzahl von Erwartungen, auf welche die Theorie für den Eintritt des Krieges gebaut hatte, durch den Lauf der Dinge vernichtet oder mindestens eingeschränkt wurde, so hat sich die Vorschau der Friedensjahre im ersten Abschnitt der Kriegswirren auf dem Gebiet unseres Geldwesens doch hervorragend bewährt. Das gleiche uneingeschränkte Lob gilt dem deutschen Eisenbahnwesen, jenem wichtigen Glied unserer Wirtschaft, von dessen Leistungsfähigkeit der militärische Erfolg unserer Waffen im höchsten Maß abhängig war.

Dagegen war in nahezu sämtlichen Zweigen der Industrie und des Handels gar nicht, oder nur in geringem Maße für den Kriegsfall vorgesorgt worden. Hier standen die zahllosen Fachverbände, die trotz ihrer gelegentlichen gegenläufigen Bestrebungen doch so außerordentlich viel für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens geleistet haben, vor der bisher stets

ungelösten Aufgabe einer einheitlichen Zusammenfassung, des gegenseitigen Ausgleiches der Interessen und Bedürfnisse gegenüber den allbeherrschenden Gegenwartsfragen des Krieges. Doch auch hier, wo der Mangel jeder unmittelbaren Anlehnung an die staatlichen Organisationen erschwerend wirken mußte, hat das strenge Gesetz der Stunde, ohne daß es besonderer Anstrengungen bedurft hätte, im Einheitsgedanken triumphiert. Die beiden maßgebenden Interessenvertretungen der deutschen Industrie, der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen, schlossen sich am 8. August zur Bildung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie zusammen und stellten damit ihre Organisationen und Verbindungen samt und sonders in den Dienst des neuen Unternehmens.

Der Ausschuß stellt die Zusammenfassung der gesamten geistigen und materiellen Mittel dar, welche die deutsche Industrie in sich vereinigt, und arbeitet unter der Leitung der bewährtesten Führer deutscher Arbeit und deutscher Finanzkraft in enger Fühlung mit der Staats- und Reichsverwaltung, die durch Kommissare in ihm vertreten ist. Sein Ziel ist ein planmäßiges Zusammenwirken aller bereits vorhandenen Organisationen für eine wirksame Arbeitsteilung und die zweckmäßigste Verwendung der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte, und zwar nicht etwa nur zum Zwecke der Landesverteidigung, sondern in gleicher Weise auch zur Versorgung des inneren Bedarfes während der Dauer des Krieges.

Der Kriegsausschuß erfüllt seine Aufgabe in gemeinnützigem Sinn und stellt sich jedermann ohne Entgelt mit Rat und Hülfe zur Verfügung. Seine Tätigkeit erstreckt sich im einzelnen auf den Arbeitsausgleich zwischen den verschiedenen Zweigen der Industrie sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft, ferner auf das Lieferungswesen, die Fragen der Materialbeschaffung, beides unter besonderer Berücksichtigung der

eigenartigen Verhältnisse, die durch die Deckung des Heeresbedarfes und die zum großen Teil eingeschränkten Beschaffungsmöglichkeiten hervorgerufen worden sind. Der Frage des Kreditbedürfnisses bringt er seine umfassende Aufmerksamkeit entgegen. Besondere Abteilungen sind dem Verkehrswesen und dem Außenhandel, der Rechtsbelehrung und dem internationalen Nachrichtendienst gewidmet. Neuestens ist eine Anmeldestelle für schwebende Forderungen gegenüber dem feindlichen Ausland und für Schadenersatzansprüche auf Grund der kriegerischen Verwicklungen eingerichtet worden.

In Anerkennung der besonderen Rolle, die unter den jetzigen Umständen dem verständnisvollen Zusammenarbeiten von Industrie und Landwirtschaft zufällt, hat der deutsche Landwirtschaftsrat dem Kriegsausschuß die nachdrückliche Unterstützung seitens der deutschen Landwirtschaft zugesichert. In Verwirklichung dieses Gedankens hat er die landwirtschaftliche Zentralstelle für Industriebeschäftigung während des Krieges, Berlin W. 57, Winterfeldstraße 37, errichtet mit der besonderen Aufgabe, die Vermittlung landwirtschaftlichen Bedarfes an den Ausschuß oder die Fachverbände der einzelnen Industriezweige zu übernehmen und den Interessenten Auskunft zu erteilen.

So sehen wir denn heute nicht nur die gesamte deutsche Industrie, sondern auch Landwirtschaft und Industrie als die vornehmsten Stützen des neuen Deutschlands in ernster Zusammenarbeit zum Wohle des Vaterlandes vereint.

Der Ausschuß, dessen Geschäftsräume sich in Berlin, Linkstraße 25 III (Fuggerhaus) befinden, veröffentlicht in zwangloser Folge »Mitteilungen«, die durch die Buchdruckerei Leonhard Simion Nachf., Berlin W. 57, Bülowstraße 56, zum Preise von M 5,— (bis zum 31. Dezember 1914) zu beziehen sind. Bis Ende September sind bereits zwölf Nummern erschienen. Die »Mitteilungen« bringen Aufklärung und Belehrung über alle die Industrie und den Handel unter den gegenwärtigen Umständen berührenden Fragen und geben fortlaufend über die für die Kriegszeit erlassenen Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen, soweit sie für das Inland und den Verkehr mit dem Ausland von Bedeutung sind,

sowie über Verwaltungs- und Rechtsfragen, die sich aus dem Kriegszustand ergeben, Auskunft.

Die deutsche Industrie ist auf dem besten Wege, das, was sie als Kriegsvorsorge versäumte, als Kriegsfürsorge gut zu machen. An den darauf gerichteten praktischen Bestrebungen einer organisierten Mobilmachung des deutschen Wirtschaftslebens hat der Kriegsausschuß mit den in ihm vereinigten Kräften bisher den vornehmsten Anteil genommen. Möge er auch weiter in allen Kreisen Verständnis und Förderung finden, um die große Aufgabe, die er übernommen hat, zum Segen der Allgemeinheit zu einem guten Ende führen zu können.

Dr. Th. Schuchart.

Englands Oelpolitik.

Die englische Regierung hat vor einiger Zeit einen Vertrag mit der persischen Erdölgesellschaft, der Anglo Persian Oil Co., abgeschlossen, der darauf hinaus läuft, daß die Regierung die Mehrheit des von 2 auf 4 Mill. £ zu erhöhenden Aktienkapitales erwirbt und sich einen maßgebenden Einfluß auf die Gesellschaft sichert. Gleichzeitig und im Zusammenhang damit schloß die englische Admiralität einen Vertrag auf bedeutende Erdöllieferungen mit der erwähnten Gesellschaft ab. Diese Maßnahme hat von neuem das Interesse auf die zielbewußte Tätigkeit der englischen Marine gelenkt, sich die notwendigen Heizölvorräte auch aus den Gebieten zu beschaffen, die keineswegs dem eigentlichen britischen Imperium, wohl aber seiner Einflußsphäre angehören.

Um Englands Oelpolitik zu verstehen, wird man zunächst einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf diese Bestrebungen zu werfen haben. Die Verwendung flüssigen Heizöles ist keineswegs alt, sie besteht in größerem Umfang überhaupt noch keine zwei Jahrzehnte. Erst mußten die großen Erdöllager von Texas und Kalifornien erschlossen sein, und erst mußte die Erkenntnis sich Bahn gebrochen haben, daß Petroleum nicht nur als Leuchtquelle, sondern in weit größerem Maß als Kraftquelle zu verwenden sei. Besonders gilt dies für solche Petroleumarten, deren Leuchtölgehalt verhältnismäßig gering ist, so daß die Leuchtölgewinnung daraus unwirtschaftlich oder weniger wirtschaftlich erscheint.

Nachdem schon jahrelang an den Rohölgewinnungsstätten in Amerika, Rußland, Oesterreich-Ungarn und Rumänien Rohöl als Heizmittel gedient hatte, hatte zum ersten Male die Shell Transport and Trading Co. flüssigen Brennstoff auf ihrer Flotte verwendet und dabei gefunden, daß sie nur $\frac{2}{3}$ des Kohlegewichtes an Heizöl aufzuwenden hatte. In Oesterreich hatten die Staatsbahnen und Schiffe schon zu Beginn des Jahrhunderts die Ueberlegenheit des Heizöles vor der Kohle erkannt, und ganz besonders wichtig wurde die Frage, als eine schrankenlose Rohölförderung in Galizien die Preise auf einen unwirtschaftlichen Tiefstand herabgedrückt hatte. Die von der Regierung vorgenommene Sanierung beruhte mit darauf, daß die österreichischen Staatsbahnen von Benzin befreites Rohöl von den Produzenten fest übernahmen und dadurch zu einer Gesundung der Marktlage beitrugen. In der Marine der einzelnen Länder wurden gleichfalls Heizölversuche seit etwa zehn Jahren vorgenommen, und zwar war es hier zunächst England, das sich durch die schon erwähnte Shell Transport and Trading Co. die betreffenden Vorräte zu beschaffen suchte. Rußlands und Japans Marinen folgten sehr bald, und vor allem wandten sich die Vereinigten Staaten nach anfänglichem Mißerfolge gleichfalls dieser wichtigen Aufgabe zu. Gegenwärtig gibt es wohl keine Marine mehr, die nicht in größerem oder kleinerem Umfange Heizöl zur Anwendung bringt. Freilich hat man in der deutschen Marine die auf vielen Linienschiffen befindlichen Einrichtungen der Oelfeuerung neben der Kohlenfeuerung wieder aufgegeben, und erst in letzter Zeit hat man eine Anzahl von Linienschiffen mit Dieselmotoren ausgestattet, die mit Gasöl betrieben werden; auch Versuche mit Steinkohlenteeröl sind gemacht worden. Eine Anzahl Torpedoboote der deutschen Marine haben Kesselanlagen für reinen Heizölbetrieb, und Unterseeboote und Beiboote benutzen gleichfalls flüssige Heizstoffe.

Englands Marine hat die Heizölfrage tatkräftig zu lösen versucht. Bereits die Dreadnoughts wurden mit bedeutenden Heizölmengen versehen und ebenso die diesen Schiffbauten voran-

gegangenen Linienschiffe später für Heizölfuehrung neben der Kohlenfeuerung eingerichtet. Ein Dreadnought hält neben 2700 t Kohlen Oelvorräte von 450 t, und die gleichen Verhältnisse gelten für die 1906 bis 1910 erbauten Linienschiffe. Die Schiffe des Baujahres 1909/1911, die von 1911 bis 1913 fertiggestellt wurden, nahmen sogar bei einer Kohlenfassung von 2700 t nicht weniger als 1000 t Oelvorräte auf. Die fünf Schlachtschiffe der Queen Elizabeth-Gruppe werden ausschließlich Heizöl, und zwar in Mengen von je 3500 t, aufnehmen, sie sind ausschließlich für reine Oelfeuerung eingerichtet und haben bei einer Wasserverdrängung von 29 000 t eine Geschwindigkeit von 25 Knoten. Die fünf Linienschiffe des Baujahres 1913, die einen kleineren Typ mit 26 000 t darstellen und eine Geschwindigkeit von 21 Knoten haben, nehmen freilich wieder Kohlen und Heizöl an Bord, während die vier Linienschiffe des Baujahres 1914 je zur Hälfte den Typ 1912 bzw. 1913 darstellen, also teils auf Kohlen- und Oelfeuerung, teils auf reine Oelfeuerung eingerichtet werden. Was die Panzerkreuzer betrifft, so wendet hier England gleichfalls, bis zurück zu den Schiffen von 1902, neben Kohlenfeuerung Oelfeuerung an, und zwar nehmen die Panzerkreuzer bis zum Jahre 1908 außer 2000 bis 3000 t Kohlen je 400 bis 500 t Oel an Bord, während die Panzerkreuzer der Baujahre 1909/1911, die in den Jahren 1911 bis 1913 fertiggestellt wurden, bei einer Kohlenfassung von 3000 t nicht weniger als 1000 t Oelvorräte an Bord führen. Hervorragend ist in den letzten Jahren die Verwendung von Heizöl bei den leichten Kreuzern gewesen. Die sämtlichen Kreuzer der Baujahre 1912/1914, rd. 20 Schiffe, erhalten reine Oelfeuerung und nehmen je 750 t Oel an Bord, während bei den früheren Kreuzern der Jahre 1909/1911 außer 1000 t Kohlen je 250 t Oel vorhanden waren. In noch bedeutenderem Maße hat die Oelfeuerung bei den Torpedobootzerstörern Anwendung gefunden; alle Zerstörer seit dem Jahre 1909, die Schiffe der H- bis M-Klasse, sind für reine Oelfeuerung eingerichtet. Das sind einschließlich der Schiffe des Baujahres 1914 weit über 100 Torpedobootzerstörer. Ebenso fahren 36 Torpedoboote erster Klasse ausschließlich mit Oelfeuerung.

Es ist nicht ganz leicht, aus den obigen Angaben eine Rechnung über den tatsächlichen Heizölverbrauch der englischen Marine aufzustellen. Bei der vorjährigen Besprechung des englischen Flottenprogramms schätzte der Marineminister Churchill den Gesamtverbrauch der englischen Marine auf 200 000 t Oel jährlich, was natürlich nur für Friedenszeiten gilt. Jedenfalls ist diese Menge heute schon, wenn England weiter fortfährt, seine Marine auf Heizöl zu stellen, viel zu niedrig gegriffen, und für die kommenden Jahre wird man sicher auf ein Vielfaches zu rechnen haben.

Englands Bestreben muß natürlich darauf ausgehen, sich die notwendigen Heizölvorräte bereit zu halten, und zwar in ausgiebigsten Mengen. Diese Bereitstellung hat einmal zu erfolgen in England selbst, d. h. in den englischen Kriegshäfen, sodann aber außerdem an möglichst vielen Punkten des britischen Imperiums. Neben die englischen Kohlenstationen im großbritannischen Reich müssen die Heizölstationen treten, die es jedem Kriegsschiffe ermöglichen, auf kürzestem Wege und in kürzester Zeit sich mit entsprechenden Mengen Heizöl zu versehen. Daraus ergibt sich, daß wahrscheinlich weit größere Mengen Heizöl bereit liegen müssen, als der Marineminister der Öffentlichkeit bekannt gegeben hat. England hat denn auch mit der Anlegung von Heizölstationen nicht gezögert. Schon nach den letzten Aufstellungen sind für Oellager der Admiralität an der englischen Ostküste allein über 18 Mill. M vorgesehen, andauernd werden neue Lager errichtet.

Die wichtigste Frage für England wird natürlich die Beschaffung des Heizöles sein. Hier ist vor allem die Tatsache bemerkenswert, daß England selbst über keinerlei natürliche Erdölquellen verfügt. In Großbritannien kommen wohl die schottischen Schieferlager in Betracht, die, wenn sie bis zu ihrer völligen Ergiebigkeit entwickelt werden, noch 150 Jahre lang jährlich 4- bis 500 000 t liefern. Wichtiger als diese Schieferlager und wirtschaftlicher als ihre Erschließung ist natürlich der Kauf von Rohöl von den Stellen, wo dieses unmittelbar gewonnen wird. Hierfür ist England außerordentlich ungünstig gelegen. Von den britischen Kolonien lieferte bisher nur Indien

(Burmah) größere Erdölmengen. Aber dieses Erdöl reicht bekanntlich kaum zur Hälfte aus, um den indischen Bedarf, der hierauf in erster Linie angewiesen ist, zu decken. Allerdings hat die britische Admiralität auch schon seit Jahren mit der Burmah Oil Co. Heizöllieferverträge abgeschlossen, über die begreiflicherweise keine Angaben gemacht werden. In neuerer Zeit ist die Insel Trinidad als Oelproduzent aufgetreten, und diese Oelfelder werden auch mit britischem Kapital erschlossen. Die hier gewonnenen Mengen sind indessen auch heute noch recht klein. So wird die Rohölausbeute für das Jahr 1912 auf etwa 60- bis 70 000 t angegeben. Die Länder, aus denen England bisher das Heizöl bezogen hat, wie Rumänien, Mexiko, Kalifornien, Texas und Persien, können unter Umständen in Kriegszeiten (auch wohl heute schon) in Fortfall kommen, wenn es nicht gelungen ist, vorher große Bestände an Heizöl aus diesen Ländern an gesicherte Punkte zu bringen. Nichtsdestoweniger kann England auf diese reichen Erdölquellen nicht verzichten. So hat denn in diesen Ländern das private Kapital in nationalem Sinne vorgearbeitet. In Mexiko ist es die Pearson-Gruppe, welche die größte Gesellschaft, die Mexican Eagle Oil Co. gegründet hat, die zeitweise in heftigem Kampfe mit der Rockefeller-Gruppe liegt, doch heute über 50 vH der mexikanischen Erdölgewinnung stellt. Mexikos Petroleum ist in steigenden Mengen nach England gelangt, wenn auch in erster Linie sein Absatzgebiet in Mexiko selbst sowie in Süd- und Mittelamerika liegt. In Kalifornien und Texas arbeitet der niederländisch-englische Trust, der Royal Dutch-Shell, der zugunsten Englands für die Emanzipation der englischen Marine von der Standard Oil Co. kämpft. Die sonst noch mit englischem Kapital arbeitende Erschließung der Maikop-Felder auf der Halbinsel Krim und der Ural-Kaspischen Felder ist noch Zukunftsmusik. Wohl aber kann England schon in der nächsten Zeit mit der Erschließung der persischen Oelfelder rechnen, insbesondere, nachdem jetzt der eingangs erwähnte Schritt mit der Anglo-Persian Oil Co. getan ist. Es handelt sich um die verstärkte Inangriffnahme der bereits von dieser Gesellschaft erschlossenen Erdölfelder im Gebiet von Mai-

dan i Naphtun. Hier werden freilich heute täglich erst 800 bis 900 t Rohöl gefördert, doch hat man auch erst einen Oelhorizont erschlossen und außerdem bis zur Fertigstellung der Rohrleitung nach dem in der Nähe befindlichen Raffinerieort Mohammera im Norden des Persischen Golfes die Gewinnung künstlich zurückgehalten. Um das für die englische Marine brauchbare Heizöl aus dem Rohöl herzustellen, braucht man aus dem Rohöl nur 30 vH der Leuchtprodukte zu entfernen. Schon die heutigen Einrichtungen der Raffinerien ermöglichen eine jährliche Rohöläusbeute von nicht weniger als 280 000 t. Natürlich wird dieses Heizöl zunächst den englischen Handelsstationen im Indischen Ozean zugute kommen, wengleich zu Friedenszeiten eine Beförderung an alle Teile des britischen Imperiums gesichert ist. Inwieweit der Kriegszustand und seine Folgen hier eingreifen, läßt sich natürlich heute noch kaum hinreichend abschätzen. England hatte sich ferner neuerdings, freilich erst auf dem Wege des privaten Kapitals, auch an der Erschließung der mesopotamischen Oelfelder beteiligt. Hier beabsichtigte es, gemeinsam mit deutschem Kapital zu arbeiten, was natürlich jetzt auf unbestimmte Zeit durch den Krieg verhindert wird. Vor kurzem ist die Turkish Petroleum Co. entstanden, welche die Petroleumrechte der Gruppe Deutsche Bank, Anatolische Bahn und Bagdadbahn in Mesopotamien erworben hat. Diese Gesellschaft stellt eine englisch-deutsch-holländische Zentralgesellschaft dar. Ihre Wirksamkeit wird ja nun vorläufig in Frage gestellt werden. Ihre Angehörigen sind die der Deutschen Bank nahestehende Deutsche Petroleumgesellschaft, der Royal Dutch Trust und die Anglo Persian Oil Co.

So hatte sich England in zielbewußter Weise gleichzeitig mit anderen politischen Vorteilen den Vorteil der Heizölbeschaffung für seine Flotte gesichert. Ein auf den ersten Blick ganz außerordentliches Wagnis, die wertvollste Waffe, über die England verfügt, seine Marine, ausschließlich auf Heizöl zu stellen, das man sich erst auf vielen Umwegen und unter nicht geringen Schwierigkeiten in fremden Ländern beschaffen und sicher stellen mußte, sollte so durch das Zusammenwirken von freier privater Initiative und zielbewußter

staatlicher Tätigkeit in eine sicher arbeitende Organisation übergeleitet werden.

Kriegverschleppung und Wirtschaftsrüstung.

In der »Vossischen Zeitung« vom 5. September erörtert Professor Dr. Jastrow, Charlottenburg, die Möglichkeiten, wie wir der von unseren Feinden angekündigten Kriegverschleppung begegnen können. Seiner Ansicht nach besteht ohne Zweifel auf seiten Englands die Absicht der Verschleppung. Kapitalkräftige Staaten mit Söldnerheeren erblickten ihre Stärke von jeher darin, daß sie imstande seien, sich immer neue Menschenmassen zu kaufen, und zwar solange, bis dem Gegner der Atem ausgegangen sei. Bei der Marine, wo die Beziehungen zur Bevölkerung Englands anders liegen, spielt die Kopffzahl keine große Rolle, da die englische Flotte eine Kriegsstärke von nicht ganz 200 000 Mann hat. Von der Verantwortung, die ein Heer von 5 bis 6 Mill. Landeskindern den leitenden Politikern auferlegt, ist man in England weit entfernt. Einem Staate, der nicht mehr kämpft, um zu siegen, sondern nur noch, um durch ermattende Verschleppung den Gegner um die Früchte seines Sieges zu bringen, stehen außerdem mancherlei Mittel zur Verfügung, auf die ein anderer nicht kommt. Es ist daher ziemlich sicher, daß England bei noch so entscheidenden deutsch-österreichischen Siegen sich selbst die größten Schädigungen auferlegen wird, bloß um uns durch noch größere zu schwächen. Ob ihm das aber gelingen wird, ist um so weniger wahrscheinlich, je besser wir uns von vornherein auf diese Politik einrichten. Das Mittel hierzu liegt weniger auf militärischem, als auf wirtschaftlichem Gebiet und heißt: Organisation des Wirtschaftslebens.

Zwar ist schon in den ersten Wochen seit dem Kriegsausbruch an Organisation der wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns nicht wenig geleistet worden. Jastrow erwähnt hier unsere bewundernswürdigen Kriegskreditverfassung von der Neugestaltung der Reichsbank bis zu den Reichsdarlehnskassen und den Kriegskredit- und Hilfskassen für einzelne Städte und Industrien. Das gewaltige Gebäude erhält durch die Anpassung der genossenschaftlichen Hilfsmittel für das Kreditbedürfnis der klei-

nen Leute an die veränderten Verhältnisse einen kräftigen Unterbau. Für die Organisation der Unterstützungen an die zahlreichen vom Krieg unmittelbar betroffenen Familien hat sich weiter das Reichsgesetz vom Jahre 1888 gut bewährt und als Einsetzungspunkt gedient, um den herum sich die Zuschüsse und Unterstützungen der Stadtgemeinden und kommunalen Verbände gruppieren konnten. Im Anschluß daran ist es auch im großen und ganzen gelungen, die mannigfaltigen Bestrebungen mehr privater Vereinigungen und Ausschüsse in Bahnen zu bringen, die Ersprießliches erwarten lassen. Als dritte Organisation nennt Jastrow die des Arbeitsmarktes, für den ein tatsächlicher Mittelpunkt der verschiedenen Arbeitsnachweise im Reichsamt des Innern geschaffen worden ist. Das sind drei Organisationsleistungen, wie sie kein anderes Volk der Erde besitzt.

Weil aber offenbar unsere Stärke in der Organisation liegt, müssen wir diese Stärke noch mehr ausnutzen. Als unsere im wesentlichen noch zu leistende Hauptaufgabe bezeichnet Jastrow die Herstellung der Verbindung zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch. Diese Verbindung zu finden, ist in Friedenszeiten Sache des einzelnen, der aus selbstverständlichem Eigennutz nur das herstellt, was ihm der Verbraucher abnehmen wird. Jetzt aber dürfen wir es nicht dem Zufall und der langsam wirkenden Selbstregelung überlassen, ob gerade das hergestellt wird, was notwendigerweise gebraucht wird. Wenn hier und dort ein Mangel an

Rohstoffen zu befürchten ist, dürfen wir nicht stillschweigend zusehen, daß diese Stoffe augenblicklich aus irreführendem Eigeninteresse vergeudet werden, um nachher an der richtigen Stelle zu fehlen. Es wäre nicht klug gehandelt, die möglichen hieraus entstehenden Gefahren jetzt bis ins einzelne zu bezeichnen, sondern es muß genügen, die Frage im Großen aufzurollen. Wenn wir, diesem Gebote folgend, in aller Ruhe und ohne die Zuversicht auf eine rasche Beendigung des Krieges aufzugeben, gleichwohl unser ganzes Wirtschaftsleben so einrichten, daß es selbst einen langdauernden Kampf aushält, dann werden unsere Feinde einsehen, daß eine Politik, sich selbst zu schädigen, um uns noch mehr zu schaden, nur das erste erreicht, aber nicht das zweite.

Als den ersten und wichtigsten Schritt auf dem gebotenen Wege bezeichnet Jastrow die Bundesratsverordnung vom 24. August über die Feststellung der bei uns befindlichen Mengen »roher Naturerzeugnisse« (Rohstoffe). Eine darauf fußende Sperrung dieser Stoffe darf nicht den Sinn haben, daß die Verwendung unterbleiben soll, sondern nur, daß für ihre Verwendung eine Genehmigung nachzusuchen ist, da sonst nur zu leicht die noch vorhandenen Wirtschaftsbetätigungen vorzeitig unterbunden werden könnten. Die Industrie selbst kann hierbei etwaige unangebrachte Härten vermeiden helfen, wenn sie die Kenntnisse und Erfahrungen des praktischen Geschäftsmannes in den Dienst des großen Ganzen stellt. Gr.

HANDEL UND VERKEHR.

Der südamerikanische Markt und seine weltwirtschaftliche Bedeutung.

Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hat der Verkehr der süd- und mittelamerikanischen Republiken mit den Hauptindustrielländern Europas — England, Deutschland und Frankreich — sowie mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika ganz gewaltig zugenommen, da sich mit der steigenden Kaufkraft jener Länder, die zahlreiche unentbehrliche Rohstoffe liefern, ein zunehmender Bedarf für die Industrieprodukte Europas und der Vereinigten Staaten einstellte, den zu befriedigen alle diese auf Ausfuhr angewiesenen Industrieländer nach Kräften bemüht

waren. Diese Bestrebungen sind in Deutschland hauptsächlich durch die Privatindustrie gefördert worden, die unter möglichster Anpassung an die Bedürfnisse der südamerikanischen Abnehmer in bezug auf Sprache und Aufmachung und mit Unterstützung einiger Großbanken und der deutschen Seeschifffahrt, die insbesondere mit dem La Plata-Gebiet und mit Chile schon seit längerer Zeit einen sehr lebhaften Verkehr unterhalten hat, es dahin bringen konnte, im südamerikanischen Handel eine achtunggebietende, wenn auch keineswegs unbestrittene Stellung zu erobern und diese trotz des lebhaften Wettbewerbes von seiten der

Engländer und Nordamerikaner auch dauernd zu behaupten. Während früher auch auf dem südamerikanischen Markt England eine beherrschende Stellung eingenommen hatte und in der Lage gewesen war, nach Südamerika mehr als Deutschland und die Vereinigten Staaten zusammengenommen auszuführen, änderte sich dieses Verhältnis in der Zeit von 1900 bis 1910 ganz erheblich. Im Jahre 1890 betrug die englische Ausfuhr nach Südamerika 516,6 Mill. M, während die Ausfuhr der Vereinigten Staaten und Deutschlands nur einen Betrag von 159,6 bzw. 142,8 Mill. M erreichte. Im Jahre 1900 war der englische Anteil auf 432,6 Mill. M gefallen, während Deutschland und die Vereinigten Staaten eine Zunahme ihrer Ausfuhr nach Südamerika verzeichnen konnten, die insgesamt 189 bzw. 172 Mill. M betrug.

Die Steigerung der deutschen Ausfuhr nach den mittel- und südamerikanischen Republiken ist sicherlich fast ganz allein der Tüchtigkeit der deutschen Industrie und der Ausfuhrhäuser zuzuschreiben, während sie durch kulturelle Mittel, insbesondere durch Zeitschriften mit einem in diesen Ländern weit verbreiteten Leserkreis, sowie durch die Tageszeitungen, von einigen anerkennenswerten Versuchen abgesehen, nur wenig gefördert worden ist. Hingegen ist diese Unterstützung sowohl der englischen wie der nordamerikanischen Ausfuhr dauernd zugekommen. Auch die Anschauung vieler Südamerikaner, daß das Zentrum der europäischen Kultur immer noch in Paris liege, hat die immerhin recht beachtenswerte Stellung Frankreichs auf dem südamerikanischen Markte wirtschaftlich erheblich gefestigt. Vor allem aber ist die systematisch betriebene großzügige Propaganda der Pan American Union für die Verstärkung des wirtschaftlichen Einflusses

der Nordamerikaner von außerordentlicher Wirkung gewesen. Diese Vereinigung, deren Ziel die wirtschaftliche Abhängigkeit Südamerikas von der Union und die Verdrängung der Europäer aus diesem zukunftsreichen Wirtschaftsgebiet ist, hat mit allen Hilfsmitteln, mit finanziellen und literarischen, an der Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Nord- und Südamerikaner gearbeitet, was angesichts der sprachlich und kulturell so bedeutenden Verschiedenheiten zwischen Nordamerika und den 20 Republiken Mittel- und Südamerikas keineswegs ein leichtes Unternehmen gewesen ist. Die Zeitschrift der Pan American Union, das hervorragend gut ausgestattete Bulletin of the Pan American Union, das monatlich in einer hohen Auflagenzahl in englischer, spanischer und französischer Sprache erscheint, stellt sicherlich ein wichtiges Hilfsmittel der wirtschaftlichen Propaganda dar, dem erst in neuester Zeit das deutsche Südamerika-Institut etwas Ähnliches an die Seite zu stellen bemüht ist. Jedenfalls ist der wirtschaftliche Einfluß der Vereinigten Staaten andauernd im Wachsen begriffen, und insbesondere die kleineren mittelamerikanischen Republiken und die dem Isthmus von Panama nahegelegenen Staaten an der südamerikanischen Westküste zeigen schon jetzt ein solches Übergewicht des amerikanischen Handels, daß ihm gegenüber alle anderen Länder, einschließlich Englands, eine ziemlich bescheidene Stellung einnehmen.

Nach einer Zusammenstellung im Märzheft 1914 des erwähnten Bulletin of the Pan American Union belief sich der Gesamthandel Süd- und Mittelamerikas im Jahre 1912 auf 11,8 Milliarden M, wovon auf die vier wichtigsten Verkehrsländer: Vereinigte Staaten, England, Deutschland und Frankreich, folgende Anteile in vH entfallen:

	Gesamthandel	Einfuhr	Ausfuhr
Vereinigte Staaten	29,54	24,49	33,52
England	22,03	24,93	19,74
Deutschland	14,04	16,73	11,90
Frankreich	7,99	8,28	7,76

In bezug auf den Gesamthandel steht heute schon Nordamerika mit 29,54 vH des Wertes an der Spitze, an zweiter Stelle folgt England mit 22,03 vH, denn Deutschland mit 14,04 vH und Frankreich mit 7,99 vH. Die Ausfuhr aus Süd- und Mittelamerika ist erheblich

größer als die Einfuhr und betrug im ganzen im Jahre 1912 6,6 Milliarden M, während die Einfuhr sich auf 5,2 Milliarden M stellte.

Diese Zahlen aber geben nur ein summarisches Bild, das in mancher Hinsicht doch noch einer gewissen

Erläuterung bedarf. Betrachtet man nämlich den Handelsverkehr der zehn Republiken im Norden (Mexiko, Guatemala, St. Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Cuba, die Dominikanische Republik und Haiti), so ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten fast drei Viertel der Ausfuhr dieser Länder aufnehmen, während die Einfuhr von Nordamerika nach diesen Republiken mehr als die Hälfte der Gesamteinfuhr darstellt. Die Höhe der Einfuhr nach diesen Ländern betrug 1912 1,18 Milliarden M, während die Ausfuhr eine Höhe von 1,65 Milliarden M erreichte. Der Anteil der oben erwähnten Länder an diesem Handel ergibt sich aus folgenden Zahlen:

	vH der Einfuhr	vH der Ausfuhr
Vereinigte Staaten	53,65	72,18
England	13,00	10,37
Deutschland . . .	10,28	7,65
Frankreich	6,81	4,69

Ganz anders dagegen sind die Verhältnisse in den südlich vom Isthmus von Panama gelegenen Republiken, nämlich in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Columbia, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela.

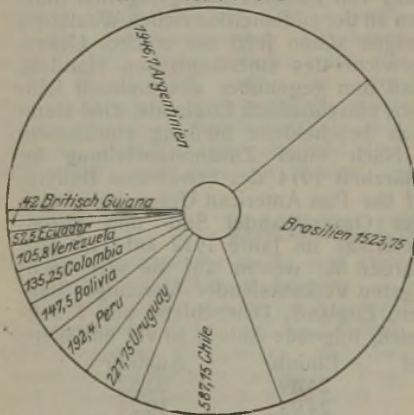
	vH der Einfuhr	vH der Ausfuhr
Vereinigte Staaten	15,96	20,60
England	28,43	22,02
Deutschland	18,62	13,31
Frankreich	8,71	8,71

England hat demnach hier immer noch die Führung, und zwar sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr, aber auch die deutsche Einfuhr nach diesen Republiken übertrifft bisher noch die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten. Diesen deutschen Anteil zu behaupten im Kampfe mit dem Wettbewerb Englands und den Vereinigten Staaten, insbesondere in den drei größten und volkreichsten Ländern Brasilien, Argentinien und Chile, erscheint deshalb als eine sehr wichtige Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Ein- und Ausfuhr dieser drei Länder im Jahre 1912 zeigen die folgenden Zahlen:

	Einfuhr in Milliarden M	Ausfuhr in Milliarden M
Argentinien	1,66	1,83
Brasilien	1,29	1,53
Chile	0,51	0,58
ganz Südamerika . .	4,02	4,98

Interessant ist auch ein Vergleich der Ein- und Ausfuhrzahlen Südamerikas

Ausfuhr aus Südamerika 1912 in Millionen M.



Einfuhr nach Südamerika 1912 in Millionen M.

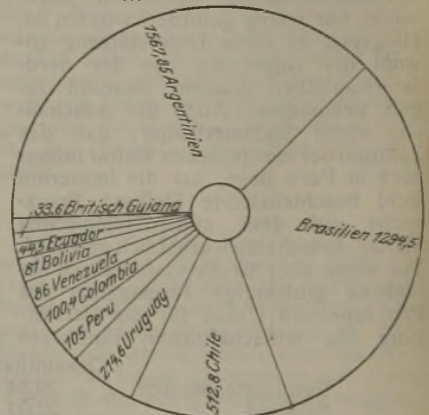


Abb. 1 und 2. Verteilung der Ein- und Ausfuhrwerte auf die einzelnen Staaten Südamerikas.

Es betrug die Einfuhr nach diesen Ländern im Jahre 1912 3,93 Milliarden M, während die Ausfuhr die riesige Höhe von 4,93 Milliarden M erreichte, s. Abb. 1 und 2. Hier finden wir auch ein ganz abweichendes Anteilverhältnis der einzelnen Nationen am Handelsverkehr:

von und nach England, Deutschland und den Vereinigten Staaten in den Jahren 1900 bis 1912, Abb. 3 und 4¹⁾.

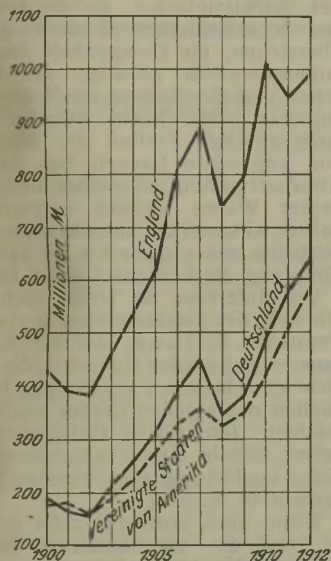
Beide Abbildungen zeigen, welchen

¹⁾ nach der Zeitschrift »Commercial America« März 1914.

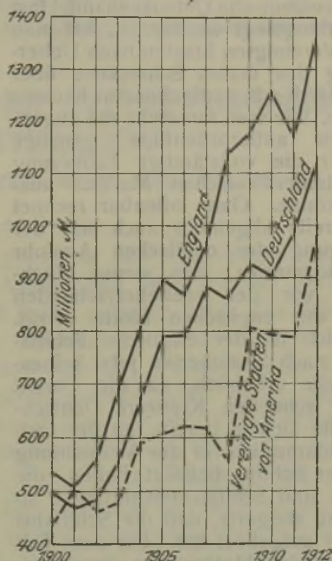
Schwankungen Ein- und Ausfuhr Südamerikas im Verlaufe der letzten 12 Jahre ausgesetzt gewesen sind und wie Zeitabschnitte eines außerordentlichen Aufschwunges auf Zeiten wirtschaftlichen Niederganges gefolgt sind. Das Jahr 1913, dessen Gesamtergebnisse für alle südamerikanischen Republiken noch nicht vorliegen, bietet das Bild eines wirtschaftlichen Rückganges, der sich insbesondere in Brasilien bemerkbar gemacht hat. Brasilien ist in seiner Ausfuhr hauptsächlich von den Preisen für Kaffee und Kautschuk abhängig, und eine Preis-

asien dauernd Fortschritte macht und trotz ungünstiger Preise im Jahre 1913 sehr stark zugenommen hat. Allerdings ist der brasilianische Kautschuk immer noch wegen seiner vorzüglichen Eigenschaften sehr geschätzt und vermag auf dem Weltmarkte noch einen höheren Preis zu erzielen als die asiatischen und afrikanischen Plantagenkautschuke.

Auch Argentinien, das zukunftsreichste Land Südamerikas, hat im Jahre 1913 keine großen Fortschritte in der Ausfuhr machen können: sie hat nur um 12,6 Mill. M zugenommen. Hier ist insbesondere die starke Preis-



Einfuhr nach Südamerika.



Ausfuhr aus Südamerika.

Abb. 3 und 4. Anteil der drei Hauptwettbewerbländer an der Ein- und Ausfuhr Südamerikas.

senkung auf dem Marke beider mußte sich daher in sehr verhängnisvoller Weise im gesamten Wirtschaftsleben des Landes bemerkbar machen. Im Jahre 1913 betrug nun trotz einer Steigerung der Ausfuhr um 1 Million Säcke die Wertverminderung der Kaffeeausfuhr 92 Mill. M, während die Verminderung des Wertes der Kautschukausfuhr sogar 105 Mill. M betragen hat. Dabei betrug die Verminderung der Kautschukmenge, die Brasilien ausfuhrte, nur 3400 t. Für die Zukunft erscheinen besonders die Aussichten des brasilianischen Kautschuks ziemlich trübe, da die Kautschukgewinnung in Südost-

ermäßigung für tierische Produkte: Wolle, Häute, Gefrierfleisch usw., von schädlichem Einfluß gewesen, und diese Verminderung des Ausfuhrwertes konnte nur zum Teil durch verstärkte Ausfuhr von pflanzlichen Produkten, wie Weizen, Mais und Leinsaat, ausgeglichen werden. Insbesondere war die Leinsaaterte im Jahre 1913 eine der größten, die Argentinien jemals aufzuweisen hatte, und fast doppelt so groß wie im Jahre 1912.

Jedenfalls bleibt trotz dieser vereinzelten Rückschläge, die sich auch in den anderen südamerikanischen Staaten, wo die wirtschaftliche Entwicklung in

den letzten Jahren reichlich sprunghaft gewesen ist, gezeigt haben, Südamerika dauernd ein äußerst lohnendes Absatzgebiet für Industrieerzeugnisse, dessen Bedeutung noch zunehmen wird, wenn mit der weiteren und ebenfalls in der letzten Zeit kräftig geförderten Erschließung der einzelnen Staaten durch Eisenbahnen die Ausfuhrmöglichkeiten insbesondere für Güter des Berg- und Ackerbaues eine starke Erhöhung erfahren.

Nachschrift.

Da seit dem 1. August d. J. infolge der kriegerischen Verwicklungen der unmittelbare deutsche Ueberseehandel fast völlig lahmgelegt worden ist, hat man in den Vereinigten Staaten nach Ueberwindung des ersten Schreckens über den Weltkrieg in maßgebenden Kreisen erwogen, wie man nunmehr die augenscheinlich außerordentlich günstige Lage für die vollständige Eroberung des südamerikanischen Marktes ausnutzen könne. Ganz offenbar rechnet man bereits allgemein auch mit der Lahmlegung der englischen Ausfuhr nach Südamerika, was wenig Hochachtung vor der seebeherrschenden Gewalt der englischen Flotte verrät. Tatsächlich ist der englische Schiffsverkehr nach Südamerika jetzt keineswegs sehr erheblich, da die Furcht vor den schnellen Kreuzern Deutschlands, die sich ja bereits an der Ostküste Südamerikas in der Vernichtung englischer Schiffe betätigt haben, die Frachten und Schiffsversicherungen so bedeutend steigerte, daß die Schifffahrt fast ganz aufgehört hat. Die zum Teil weit gehenden Hoffnungen der Nordamerikaner, die sobald als möglich das Erbe Deutschlands und Englands in Südamerika antreten möchten, dürften aber auch durch die oben erwähnte Wirtschaftskrise in Argentinien und Brasilien wesentlich durchkreuzt werden. Hinzu kommt, daß auch in diesen neutralen Ländern bereits Moratorien notwendig geworden sind; und so begeistert ist der politisch denkende Amerikaner für die wirtschaftliche Durchführung der Monroedoktrin keineswegs, daß er sich in langwierige, bei den augenblicklichen Kreditverhältnissen in Südamerika sehr unsichere,

ja voraussichtlich verlustbringende Geschäfte in allzu großem Umfang einlassen wird. Sehr störend erweist sich ferner auch der Mangel an einer leistungsfähigen amerikanischen Ueberseeflotte.

Wie eingehend man sich in den Vereinigten Staaten mit der südamerikanischen Wirtschaftsfrage beschäftigt, lassen die Ausführungen von M. A. Oudin, dem Leiter der Ueberseeabteilung der General Electric Co., in der Zeitschrift *Electrical World* vom 22. August 1914 erkennen. Oudin hält trotz aller ganz offen zugegebenen Schwierigkeiten, die der verstärkten amerikanischen Einfuhr gegenüberstehen, die Gelegenheit doch für außerordentlich günstig, den Deutschen und Engländern das Wasser abzugraben. Mit Recht weist er aber auch auf den Einfluß der deutschen und englischen Banken hin, die der Absatzsteigerung deutscher und englischer Waren vielfach vorgearbeitet haben, während die amerikanischen Kapitalisten bisher diese Art der Ausfuhrförderung stark vernachlässigt hätten.

Von Interesse ist ferner noch der Hinweis des Staatssekretärs des Innern Franklin K. Lane, der die Amerikaner nachdrücklich auffordert, die noch nicht erschlossenen großartigen Hülfquellen des eigenen Landes nutzbar zu machen. Jetzt sei die Gelegenheit gegeben, sich in vielen Industriezweigen völlig unabhängig vom fremden Wettbewerb zu machen.

Wenn auch vorläufig dafür gesorgt ist, daß die amerikanischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, denn ohne viel Zeit, Geld und die geeigneten Menschen lassen sich solche gewaltigen Pläne nicht durchführen, so werden doch die deutschen Kaufleute auch nach einem für Deutschland günstigen Endergebnis des Krieges die südamerikanischen Absatzgebiete mit besonderer Energie und Sachkenntnis, woran es zur Zeit in Amerika noch vielfach zu mangeln scheint, bearbeiten müssen, um die bisherige Stellung Deutschlands in dem lebhaften internationalen Wettbewerb zu erhalten und womöglich noch zu verstärken.

H. Großmann.